

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Böhm

Abg. Dr. Petra Loibl

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Benno Zierer

Abg. Ruth Müller

Abg. Christoph Skutella

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Andreas Winhart und Fraktion (AfD)

Risiko für Bayern durch Atomkraftwerk Mochovce (Drs. 18/2397)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit beträgt 32 Minuten. Erster Redner ist Herr Kollege Böhm von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Landläufig erwartet man diesen Antrag, den wir hier stellen, von den GRÜNEN. Aber bei 40 Jahre alter Reaktortechnik können auch wir durchaus ein Gefahrenpotenzial erkennen; denn es handelt sich um einen Reaktor älterer russischer Bauart, an dem seit 34 Jahren gebastelt wird und dessen Hülle dem Schweizer Käse ähnelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum haben Sie sich hier nicht im Sinne der Bürger gekümmert? Warum? Das Problem liegt vor der Haustür, und Sie ignorieren es genauso geflissentlich, wie die Staatsregierung das tut. Was in Mochovce geschieht, ist sicher nicht die Art von Kernenergienutzung, die notwendig ist, um die von Ihnen ständig apostrophierten Klimaziele zu erreichen.

(Beifall bei der AfD)

Aber selbst Forschung an modernsten Dual Fluid Reaktoren lehnen Sie ideologisch verblendet ab. Für Sie ist das Teufelswerk. Sie, liebe GRÜNE, reden von Klimaschutz, ohne zu verstehen, dass Klima eben keine statische Größe ist. Sie erzählen, die erkennbare Verschiebung der Durchschnittstemperatur wäre menschengemacht, ohne selbst deren Schwankungen im Laufe der Erdgeschichte zu verstehen. Dass sich die Inbetriebnahme der Reaktorblöcke 3 und 4 wohl zumindest bis in das Frühjahr 2020 verschiebt – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter Böhm, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Darf ich Sie da oben auf der Tribüne darauf aufmerksam machen, dass das Filmen im Plenarsaal verboten ist? – Vielen herzlichen Dank. Bitte unterlassen Sie das. – Herr Böhm, Sie haben das Wort.

Martin Böhm (AfD): Dass sich die Inbetriebnahme der Reaktorblöcke 3 und 4 wohl zumindest bis in das Frühjahr 2020 verschiebt, ist vor allem dem unermüdlichen Einsatz unserer Freunde von der FPÖ zu verdanken: Männern wie Vilimsky, die sich in einem breiten Bündnis ihrer österreichischen Heimat verschrieben haben. Dort, liebe Kollegen, funktioniert die Abstimmung übrigens ohne Ansehen der Parteifarbe, aber zum Wohle der Bürger.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): In Österreich! Das ist Ausland! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ja! Vor denen haben Sie ja Angst!)

– In Österreich, ja, Kollege. Nun misst der Weg des Ostwinds von Mochovce nach Wien 150 km, nach Passau 350 km. Viele meinen, die Hauptwindrichtung West – Ost würde uns vor radioaktivem Fallout schützen. Ein Trugschluss,

(Zuruf von der SPD: Sie wollen doch Atomkraftwerke weiterbetreiben!)

wie Tschernobyl zeigte; das liegt 1.000 Kilometer weiter entfernt.

Ob das geplante Aufrüsten der russischen Reaktorblöcke mit westlicher Technik deren Sicherheit erhöht oder nur noch mehr Stückwerk schafft, mögen wir nicht beurteilen. Deswegen ist uns eine fundierte Gefahrenanalyse der Staatsregierung so wichtig.

Ein GAU in Mochovce wird massive Folgen für alle Bereiche der Wirtschaft haben, besonders aber für Millionen Menschen in Bayern. Das dürfen wir parteiübergreifend nicht ignorieren, besonders dann nicht, wenn die Staatsregierung gerade einmal wegschaut – wegschaut, obwohl selbst die WANO, der weltweite Betreiberverband für Atomanlagen, in einem internen Papier schwerwiegende Probleme am Bau in Mochovce feststellt.

Die bayerischen Bürger haben uns ihre Stimme nicht verliehen, damit wir einfach wegsehen. Das gilt für alle Bereiche. Wir fordern die Staatsregierung daher auf: Schützen Sie uns Bürger, und berichten Sie detailliert über die Auswirkungen eines dortigen GAUs auf Mensch und Natur in unserer bayerischen Heimat. Erstellen Sie eine Risikoabschätzung, und setzen Sie sich auf allen Ebenen für einen Stopp dieses postsozialistischen Reaktorwahnsinns ein.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Petra Loibl für die CSU-Fraktion.

Dr. Petra Loibl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Kollege Böhm, ich kann Ihnen versichern, dass der Staatsregierung die Sicherheit der bayerischen Bevölkerung natürlich am Herzen liegt. Grundsätzlich ist festzuhalten: Die Bayerische Staatsregierung steht jeglichem Neu- und Weiterbau von Kernkraftwerken bzw. Nutzungsverlängerungen im benachbarten Ausland ablehnend gegenüber. Zugleich haben wir den Ausstieg aus der Kernenergie natürlich mitinitiiert.

Tatsache ist aber – das ist jetzt entscheidend –: Für alle internationalen Angelegenheiten der Kernenergie ist einzig und allein der Bund und nicht der Freistaat Bayern zuständig. Somit kann die Bayerische Staatsregierung also gar nicht berichten, weil sie nicht zuständig ist.

Gleichzeitig erfordert der Berichts Antrag der AfD-Fraktion natürlich eine genaue Kenntnis dieses Kernkraftwerks in der Slowakei. Seriöse Aussagen sind nur möglich, meine Damen und Herren, wenn ich das Wissen und die Fachleute dazu habe. Auch dies liegt wiederum in der Zuständigkeit des Bundes. Der Antrag der AfD läuft ins Leere, ist nicht zweckdienlich und schürt nur Ängste.

Lassen Sie mich noch ein Beispiel erwähnen: Kürzlich hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage zu genau diesem Thema gestellt: "Sicherheitsmängel beim

Weiterbau des slowakischen Atomkraftwerks Mochovce". Ich möchte Ihnen die Antwort der Bundesregierung auf diese Anfrage nicht vorenthalten:

Die Bundesregierung erfüllt ihren Schutzauftrag unter Achtung der alleinigen Zuständigkeit anderer Staaten für kerntechnische Anlagen in dortiger Verantwortung. Eine Stellungnahme, z. B. zur sicherheitstechnischen Bewertung von konkreten Sachverhalten und Ereignissen in kerntechnischen Anlagen anderer Staaten oder eine Forderung nach konkreten Abhilfemaßnahmen erfolgt seitens der Bundesregierung grundsätzlich nicht.

Somit – ich will es abkürzen – ist vorhersehbar, dass eine Nachfrage Bayerns zu dieser Thematik bei der Bundesregierung eine vergleichbare Antwort zur Folge haben könnte.

Weil Sie eingangs davon sprachen, dass der Bayerischen Staatsregierung die Sicherheit der Bevölkerung nicht am Herzen liege, will ich Ihnen sagen: Es gibt ein Übereinkommen über Unverträglichkeitsprüfungen in grenzüberschreitendem Rahmen. Dieser sogenannten Espoo-Konvention sind auch Deutschland und die Slowakei beigetreten. Somit können alle Staaten, die sich in der Kernenergie weiterentwickeln wollen, von den jeweiligen Ländern um Beteiligung bei der UVP-Prüfung gebeten werden. Als einziges Bundesland hat Bayern dies im Jahr 2010 getan. Damals wurde berichtet – seitdem hat sich nicht allzu viel geändert –, es werde keine wesentlichen grenzüberschreitenden Auswirkungen geben. Das könnte ich jetzt noch weiter ausführen.

Abschließend möchte ich noch sagen: Auch die Europäische Kommission hat sich geäußert und übereinstimmend mitgeteilt, dass die sicherheitstechnischen Vorschriften eingehalten werden. Außerdem existiert eine internationale Sicherheitskommission, die zu ähnlichen Aussagen gekommen ist. – Diesen Berichts Antrag der AfD werden wir somit wegen der Nichtzuständigkeit und aufgrund der ausgeführten fachlichen Argumente ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Dr. Loibl. – Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Frau Dr. Loibl, sollten wir das richtig verstanden haben, und wollen Sie das an die Bürger apostrophieren, dass Sie der Meinung sind, dass großräumige Gefährdungslagen, insbesondere solche durch Kernkraft, die wir in Deutschland ja abschaffen –, uns nicht interessieren, wenn sie in grenznaher oder nicht allzu weiter Entfernung von uns vorhanden sind?

Sie haben vorhin gesagt, die Bundesregierung vertrete ein Prinzip der Nichteinmischung, wenn ich das richtig verstanden habe, und Sie teilten das. Das entspricht eigentlich nicht den Gedanken der CSU schlechthin zur Abwehr drohender Gefahren.

In diesem Falle, bei der Kernkraft, ist das völlig deplatziert, denn natürlich muss uns interessieren, was in Cattenom oder anderswo passiert, in nahe liegenden Kernkraftwerken oder in weiter entfernten. Die Gefährdungslage ist gemessen am Risiko extrem.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Dr. Loibl.

Dr. Petra Loibl (CSU): Herr Kollege Swoboda, hier geht es um einen Berichtsantrag. Ich habe ausgeführt, dass der ganze Antrag nichts nutzt, wenn er nicht an die zuständige Stelle kommt.

Im zweiten Teil meiner Ausführungen habe ich sehr wohl dargelegt, dass uns die Auswirkungen der Kernkraftanwendung im benachbarten Ausland nicht egal sind, sondern dass sich im Rahmen dieser UVP-Abkommen die Bundesrepublik und damit auch die Länder, die das beantragen können, sehr wohl umfassend darum kümmern. Ich denke, das haben Sie nicht richtig verstanden.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Dr. Loibl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Atomkraft ist hochgefährlich. Die Reaktoren in Mochovce gehen noch zurück auf Planungen aus der Zeit der Tschechoslowakei, also auf die Zeit vor dem Fall des Eisernen Vorhangs. Die Blöcke 1 und 2 gingen Ende der Neunzigerjahre in Betrieb. Nun sollen auch noch die Blöcke 3 und 4 in Betrieb genommen werden, zwei Reaktoren, die jahrelang als Bauruinen in der Landschaft standen.

Das Reaktorkonzept ist vollkommen veraltet. Es stammt aus den Siebzigerjahren und ähnelt dem Typ des Tschernobyl-Reaktors. Ein Containment, das bei einem Unfall die Radioaktivität zurückhalten würde, fehlt. Die Anlage ist auch noch unzureichend gegen Flugzeugabstürze gesichert.

Es gibt tatsächlich viele Gründe, sich Sorgen um die Sicherheit in Mochovce zu machen. Frau Loibl von der CSU sagt hier einfach, wir seien nicht zuständig, alles sei in Ordnung. Das sehen wir definitiv nicht so. Mochovce ist hochgefährlich. Die Blöcke 3 und 4 dürfen nicht in Betrieb gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der AfD)

Trotzdem bleibt bei diesem Antrag mehr als ein schaler Nachgeschmack. Warum interessiert sich die AfD nur für die Sicherheit in Mochovce? Warum interessiert sie sich nicht für die Sicherheit in Temelín in Tschechien, in Beznau, Leibstadt oder Mühleberg in der Schweiz? Warum interessieren Sie sich nicht für die Sicherheit des Siedewasserreaktors in Gundremmingen? – Der Block C dort ist seit 35 Jahren in Betrieb. Wir haben gehört, dass in Mochovce ein Reaktor mit einem Alter von nahezu 40 Jahren vorhanden sei. Block C in Gundremmingen ist also nahezu genauso alt. Seither wurde auch kein anderer Siedewasserreaktor mehr in Deutschland oder in Europa in Betrieb genommen. Die Brennelementeschäden dort häufen sich wie in keinem anderen Reaktor.

Das interessiert Sie alles nicht – im Gegenteil: Sie setzen in der Energiepolitik weiter auf die Atomkraft. Die Atomkraftwerke sollen weiterlaufen, egal, wie viel Müll produziert wird, egal, wie gefährlich die Strahlung ist. Ihre Art von Politik ist einfach Irrsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Haltung erinnert mich an die alte DKP. Die kommunistischen Atomkraftwerke waren sicher, die kapitalistischen waren gefährlich. Bei Ihnen ist es jetzt einfach umgekehrt. Die russischen Atomkraftwerke sind gefährlich, und die deutschen Atomkraftwerke sind sicher. Wir sehen das ganz anders. Atomkraft ist nicht beherrschbar. Das haben wir in Harrisburg, in Tschernobyl und in Fukushima gesehen. Wir wollen einen weltweiten Atomausstieg so schnell wie möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir verstehen auch nicht, warum Sie sich in Ihrem Antrag auf die Auswirkungen auf die Landwirtschaft beschränken. Die menschliche Gesundheit ist für Sie anscheinend zweitrangig.

Der Antrag ist also in all diesen Bereichen eng begrenzt und einseitig und zeigt eine sehr eigenartige Geisteshaltung. Darum werden wir nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Stümpfig. – Nächster Redner ist Herr Kollege Benno Zierer für die FREIEN WÄHLER.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich will niemand, dass Mochovce in Betrieb geht; das ist völlig klar. Wir wollen überhaupt nicht, dass ein Kernkraftwerk, das jetzt noch gebaut wird, in Betrieb geht. Dass die Leute nicht dazulernen können, ist ein Problem, das man durchaus thematisieren kann. Allerdings hat Bayern durchaus seine Hausaufgaben gemacht. Als damals nämlich die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wor-

den ist, hat Bayern diese Umweltverträglichkeitsprüfung finanziert. Das war ein Zeichen, um zu zeigen, dass uns durchaus wichtig ist, was auf der anderen Seite unserer Grenze passiert. Leider haben die Leute dort nicht aus Tschernobyl oder aus Fukushima oder aus Harrisburg gelernt. Das ist dramatisch.

Es geht auch überhaupt nicht um die Landwirtschaft, sondern es geht um das Leben überhaupt. Wenn irgendetwas passiert, ist nicht nur die Landwirtschaft betroffen, sondern dann ist ein ganzes Land betroffen.

Um einen Bericht seriös geben zu können, müsste die Staatsregierung den Reaktor genau kennen. Das tut sie aber nicht. Für alle internationalen Anliegen ist der Bund zuständig. Ohne Informationen kann die Staatsregierung keine fachliche Stellungnahme abgeben. Darum macht dieser Antrag auch überhaupt keinen Sinn. Wir sind uns durchaus bewusst, dass wir vielleicht noch mehr auf die Leute dort einwirken müssen, damit dieser Wahnsinn nicht gebaut wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Zierer. – Das Wort hat Frau Kollegin Ruth Müller von der SPD.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Heimatlandkreis Landshut steht das Kernkraftwerk Isar 2, das letzte Kernkraftwerk, das 2022 abgeschaltet werden soll. 1986 kam es in Tschernobyl zu einer Reaktorkatastrophe. Dieses Unglück hat auch zu einem Umdenken hinsichtlich der Nutzung der Atomkraft generell beigetragen. Es sollte aber noch 14 Jahre dauern, bis unter der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 der Atomausstieg beschlossen wurde und eine Energiewende eingeleitet wurde, der dann von der schwarz-gelben Atomlobby knapp ein Jahrzehnt später wieder gekippt werden sollte.

Monatelang demonstrierten wir auch im Landkreis Landshut jede Woche für ein Ende vom Ausstieg aus dem Ausstieg. Doch es brauchte noch eine Atomkatastrophe am

11. März 2011 im japanischen Fukushima und eine verlorene Landtagswahl, bis der Atomausstieg dann doch wieder beschlossen wurde.

Als Industrieland sind wir auf eine sichere Energieversorgung angewiesen. Dazu brauchen wir, wenn die Kernkraftwerke abgeschaltet sind, einen intelligenten Mix aus erneuerbaren Energien, Energiesparen und mehr Energieeffizienz. Wenn uns das gelingt, können wir Vorreiter für jene Länder werden, die durch nachzuholende Industrialisierung und Entwicklung ebenfalls auf eine verlässliche Energieversorgung angewiesen sind. Deshalb sollten wir uns darauf konzentrieren, in Sachen erneuerbare Energien ein Vorbild in Europa und in der Welt zu sein, und nicht auf Atomenergie setzen, egal wo. Wir wissen um die Gefahren, die von dieser vermeintlich sauberen Energie ausgehen.

Dass nun ausgerechnet die AfD mit ihrem Antrag auf Drucksache 18/2397 eine Gefahr durch ein benachbartes Atomkraftwerk in der Slowakei sieht, überrascht mich schon sehr; denn bisher ist genau diese Partei nicht dadurch aufgefallen, dass sie der Atomkraft kritisch gegenübersteht.

Wir als SPD hätten Fukushima nicht gebraucht, um am Atomausstieg festzuhalten und um die Energiewende zu einem Erfolg zu machen. Deshalb werden wir den Antrag auf Drucksache 18/2397 ablehnen; denn eine Partei, die noch heute Vormittag um 10 Uhr den Klimawandel geleugnet und von Klimahysterie gesprochen hat,

(Zuruf von der AfD)

die die Energiewende nicht will und sich laut Wahlprogramm zur Sicherstellung einer stabilen Stromversorgung einen Weiterbetrieb der bayerischen Kernkraftwerke vorstellen kann, macht sich mit diesem Antrag unglaublich.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Müller. – Das Wort hat Herr Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Zeitalter der Atomkraft ist passé. Selbst die Energieunternehmen in Deutschland lehnen einen weiteren Betrieb ihrer Anlagen kategorisch ab. Auch wir Freie Demokraten lehnen den Neubau von Atomkraftwerken ab, gerade wenn sie den hohen Sicherheitsstandard, den wir in Deutschland haben, nicht erfüllen.

Genauso verhält es sich auch mit dem geplanten Betrieb der Reaktorblöcke 3 und 4 des Atomkraftwerks Mochovce. Die Berichte über gravierende Mängel an diesen Blöcken haben vor allem die Bürgerinnen und Bürger in Österreich in Alarmbereitschaft versetzt.

Allerdings handelt es sich um eine internationale Angelegenheit, weswegen wir aus dem Freistaat heraus nicht eingreifen können – wir haben das heute schon mehrmals gehört. Der Bau und der Betrieb von Kernkraftwerken liegt wenn, dann in der Zuständigkeit des Bundes. Auch die Anfrage im Bundestag hat dazu Ergebnisse geliefert.

Auch die Nennung der exakten Auswirkungen eines atomaren Unfalls in der Slowakei auf die bayerische Bevölkerung ist aufgrund vieler verschiedener Parameter und Variablen nicht möglich. Dass ein solcher Unfall selbstverständlich gravierende Auswirkungen auf unsere Umgebung hat, ist klar. Wie sich dies auf Bayern auswirken könnte, ist jedoch nicht seriös zu klären.

Ein Eingreifen bzw. eine Überprüfung der Reaktorblöcke in Mochovce kann weder der Freistaat Bayern noch die Bundesregierung fordern. Auch Österreich kann auf internationaler Ebene so lange nichts erreichen, bis die slowakische Regierung die internationale Atomaufsichtsbehörde in ihr Land einlädt. Daher sind uns auf dieser Ebene die Hände gebunden.

Wir können aber auch an die Vernunft der slowakischen Regierung appellieren, für Einhaltung zu sorgen, genauso wie wir das bei den Kolleginnen und Kollegen in Tschechien bezüglich des Kernkraftwerks Temelín machen, das auch an unserer Grenze steht. – Wir werden uns bei diesem Antrag enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Skutella. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist der Rest des Hauses inklusive des fraktionslosen Abgeordneten Plenik. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.